

Zusammenstellung von Widerstands- und Protestaktionen und Stellungnahmen in den Philippinen vom 01.11. – 30.11.2012, zusammengestellt aus Pressemitteilungen der KMU (Kilusang Mayo Uno, Gewerkschaftsbewegung des 1. Mai)

Zur leichteren Lesbarkeit des Textes hier die Erklärung zu Namen und Begriffen, die im Text immer wieder vorkommen:

KMU = Kilusang Mayo Uno (Gewerkschaftsbewegung des 1. Mai, kämpferischer gewerkschaftlicher Dachverband auf den Philippinen)

DFA-KMU = Föderation der KMU für Arzneimittel, Ernährung und ähnliche Dienste, eine Assoziation der KMU

PISTON = Pagkakaisa ng Samahang Tsuper, Vereinigung der Fahrer, ein Mitglied der KMU

Elmer Labog bzw. Ka Bong = Vorsitzender der KMU

Joselito Ustarez bzw. Lito = stellvertretender Exekutivvorsitzender der KMU

Rogelio Soluta bzw. Roger = Generalsekretär der KMU

Nenita Gonzaga = KMU-Vizepräsidentin für Frauen

Anakpawis Partylist (fortschrittliche Parteiliste der unterdrückten Massen, im Kongress vertreten)

Cherry Clemente = Generalsekretärin der Anakpawis Parteiliste

Bayan = sinngemäß das Volk, breiter Zusammenschluss von verschiedenen fortschrittlichen Organisationen mit ungefähr 1 Million Mitgliedern

Kadamay = Organisation der städtischen Armen, verbunden mit der KMU

Gabriela = breites Frauenorganisationsbündnis mit ca. 150.000 Mitgliedern

Anakbayan = fortschrittliche Jugendorganisation des Volkes

Courage = gewerkschaftlich orientierte Organisation der Regierungsangestellten

Migrante = fortschrittliche Organisation für die Anliegen der Migranten

Benigno Simeon Aquino III bzw. Noynoy = derzeitiger Staatspräsident

Gloria Macapagal Arroyo bzw. GMA oder Gloria = frühere Staatspräsidentin

Philippine Airlines bzw. PAL = philippinische Luftfahrtsgesellschaft, die sich im Besitz des Tycoons Lucio Tan befindet

PALEA = gewerkschaftlicher Zusammenschluss der PAL-Angestellten

NDFP = Nationaldemokratische Befreiungsfront der Philippinen, die unter der Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen steht

GPH = Regierung der Philippinen

ECOP = Employers Confederation of the Philippines, philippinischer Arbeitgeberverband

AmCham = American Chamber of Commerce, amerikanische Handelskammer

Regional Wage Boards bzw. RWB = regionale Lohnbehörden

CBA = Collective Bargaining Agreement, kollektive Verhandlungsvereinbarung, CBA's werden auf der Einzelbetriebsebene abgeschlossen, es gibt in den Philippinen keine für einen Konzern oder eine Branche geltende Tarifverträge

ECOLA = emergency cost of living allowance bzw. Arbeiter-Notlagenunterstützung

CCT = Conditional Cash Transfer program bzw. An Bedingungen geknüpftes Barauszahlungsübertragungsprogramm, die KMU nennt es ein Almosenprogramm

PPP = Public Private Partnership, Öffentliche-Private-Partnerschaftsprogramme, wie sie auch hierzulande bekannt sind, bei denen z.B. Gemeinde viel drauf zahlen müssen

CARPER = Comprehensive Agrarian Reform Programm Extension bzw. umfassendes Agrarreformausdehnungsprogramm

Department of Labor und Employment bzw. DoLE = Ministerium für Arbeit und Beschäftigung

Assumption of jurisdiction bzw. AJ = wörtlich Übernahme der Gerichtszuständigkeit, gemeint ist damit die Möglichkeit zu Anordnungen des Ministeriums für Arbeit und Beschäftigung, mit denen z.B. Streiks verboten werden können

OPL bzw. Oplan Bantay Laya (ein schönfärberisch als Operation Freiheitswache bezeichnetes Aufstandsbekämpfungsprogramm)

Oplan Baynihan, Nachfolgeprogramm des OPL, im Kern das gleiche Aufstandsbekämpfungsprogramm wie unter der Arroyo-Regierung, aber mit raffinierten Phrasen getarnt, was schon bei dem Namen Baynihan = Nachbarschaftshilfe anfängt

SONA, state on nation adress = Erklärung zur Lage der Nation durch den regierenden Präsident

SLEX bzw. NLEX = Südluzon-bzw. Nordluzonautobahn

Ibon – (unabhängige, fortschrittliche Forschungsgesellschaft)

Iohsad = Institute for Occupational Health and Safety, fortschrittliches Institut für Arbeitsmedizin und -sicherheit

CTUHR = Center for Trade Union and Human Rights, Zentrum für Gewerkschafts- und Menschenrechte

EILER = Ecumenical Institute for Labor and Education Research bzw. Ökumenisches Institut für Arbeit und Bildungsforschung, ein der Arbeiter- und Volksbewegung eng verbundenes fortschrittliches Institut

Riles (loses Netzwerk von Pendlern, Arbeitern und Studenten, die gegen die Fahrpreiserhöhung bei der Metro und der Lightrailway und die Privatisierung der Zugsysteme opponieren)

<p>Währungsrelation Euro zu philippinischem Peso (am 01.04.2012 entsprach 1 Euro etwa 56 Pesos, somit bedeutet die Forderung von 125 Pesos mehr in etwa 2,50 € mehr pro Tag)</p>

Die Bilder stammen von der KMU bzw. der Bulatlat-Homepage. Bulatlat ist ein fortschrittliches Enthüllungsjournalismus-Wochen-Magazin.

01.11.2012

Die Zulassung von Akbayan zu den Parteilisten-Wahlen stellte eine Verhöhnung der Prinzipien, die hinter dem Parteilisten-System stehen, dar und durch ihre Zulassung würde Akbayan einen unbilligen Vorteil gegenüber den Parteilisten-Gruppen bekommen. Sie sucht nun Zuflucht in einer Platitudo, zu der selbst die widerwärtigsten traditionellen Politiker des Landes greifen: sie repräsentiere die Marginalisierten, entgegen allen Beweisen, die das Gegenteil beweisen. In der Absicht zu beweisen, dass sie die Marginalisierten repräsentiere, mobilisiert Akbayan seine Arbeitergruppen, um eine Werbekampagne für ihre Verteidigung durchzuführen. Die Alliance für fortschrittliche Arbeit (APL), Partido ng Manggagawa (PM) und Bukluran ng Manggagawang Pilipino (BMP) versuchen verzweifelt die Gründe für die Forderungen nach einer Disqualifizierung für diese Parteilisten zu umgehen. Während sich diese Gruppen entrüsteten und Krach schlugen wegen eines Protestes der fortschrittlichen und arbeiterfreundlichen Jugendorganisation Anakbayan auf einer Pressekonferenz von Akbayan, verhielten sie sich sehr ruhig in Bezug auf den Grund dieses Protestes: der antikommunistische Hetze durch Akbayan. APL, PM und BMP versuchen massiv den Eindruck zu erwecken, als ob Akbayan die Arbeiter und Marginalisierten repräsentiere, entgegen den Tatsachen, dass sich Akbayan für die Durchsetzung der Politik der prokapitalistischen Regierung Aquino, des Internationalen Währungsfonds und anderen monopolkapitalistischen Institutionen eingesetzt hat. Akbayan hat neoliberale und faschistische Politik mit links klingender Rhetorik verkleidet. Akbayan, APL, PM und BMP sind zusehends abwesend im Kampf der philippinischen Arbeiter für die 125-Peso-Kampagne. Sie erstellten ein Gesetz für die Sicherheit auf Dauer im Repräsentantenhaus, das eine gemäßigte Position gegenüber der Angelegenheit der Leiharbeit einnimmt, aber nicht durch eine umfangreiche Kampagne abgedeckt wird. Sie verurteilen die Regierung Aquino nicht entschieden für deren Unterstützung der Leiharbeit. Entgegen ihrer Behauptung, sie seien links, haben Akbayan, APL, PM und BMP keinen einzigen Protest gegen die prokapitalistische und arbeiterfeindliche Haltung

von Aquino in einem von ihnen initiierten Dialog am letzten 1. Mai verlauten lassen. PM und BMP haben eine lange Liste der Kollaboration mit dem Kompradorenkapitalist Lucio Tan, so Labog.

01.11.2012

Anstatt Existenz- können Arbeiter von Aquino nur Sterbelöhne erhalten. Mit dieser Stellungnahme reagierte die KMU auf die morgige Einführung von 10 Pesos COLA für die Arbeiter in der Hauptstadtregion. Diese 10 Pesos markieren den Beginn eines fünfjährigen Lohnstopps unter dem neu eingeführten 2-Stufen-Lohnsystem, so Labog. Der Zeitpunkt der Einführung ist perfekt. Wegen mickrigen Lohnerhöhungen und COLAs hat die Regierung einen Grabstein auf die Hoffnungen der Arbeiter nach einem Existenzlohn gesetzt. Der Grundlohn in Metro Manila von 426 Pesos und 30 Pesos COLA, die die Regierung Aquino III dieses Jahr zugestanden hat, bringt den Minimallohn nicht näher an das notwendige Familieneinkommen. Dieses lag laut Ibon im April 2011 bei 993 Pesos. Mit dem neuen 2-Stufen-Lohnsystem wird der Minimallohn auf 426 Pesos plus 30 Pesos COLA festgesetzt und wird laut Angaben des Arbeitsministeriums in den nächsten 5 Jahren nicht mehr steigen.



Die Situation in der Region

Calabarzon ist noch krasser, weil der Mindestlohn von 337 Pesos durch einen Grundlohn von 255 Pesos ersetzt worden ist, eine eindeutige Kürzung um 82 Pesos bzw. 25%. Diese Maßnahme ist ein Teil der Billiglohnpolitik von Aquino, die das Ziel hat, die Löhne weiter runter zudrücken, um die kapitalistischen Profite zu erhöhen. Die KMU fordert die Abschaffung des 2-Stufen-Lohnsystems und wird in den kommenden Wochen größere Proteste zur Verurteilung der arbeiterfeindlichen Politik



durchführen.

05.11.2012

Arbeiter unter der Führung der KMU führten heute einen Picketprotest vor der Hauptverwaltung der Kommission für nationale Arbeitsbeziehungen (NLRC) in Quezon City durch und verurteilten die Agentur für ihre Weigerung, eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes durchzuführen, mit dem dieser zugunsten von Angestellten einer gelöschten Busgesellschaft entschieden hatte.



Die KMU brach eine Lanze für die Arbeiter der aufgelösten Busgesellschaft Times Transportation Company Inc. (TTCI), die von der Stadt Vigan in Ilocos Sur zur Hauptverwaltung der NLRC marschierten, um die Durchsetzung des Vollstreckungsbefehls zur Freigabe von 97 Milliarden Pesos für vorenthalten Löhne und andere Angelegenheit, die damit im Zusammenhang stehen, einzufordern. Die Arbeiter forderten ebenso von der Agentur, das sie eine Petition der Mencorp Transport System Company Inc., Betreiber der Dominion Bus Gesellschaft gegen den Arbeitsschlichter, der die Angelegenheit der TTCI-Angestellten behandelt, zurückweisen soll. Der Arbeitsschlichter Patricio Libo-on hatte die Aufforderung der 3. Partei, die von Melissa Lim kam, die behauptet, dass sie Mencorp von Virginia Mendoza, der früheren Besitzerin und Hauptanteilseignerin von TTCI gekauft habe, zurückgewiesen. Der SC hatte endgültig entschieden, dass das TTCI-Management an einer verbotenen Handlung von unfairer Arbeitspraxis teilgenommen hatte und dass der Verkauf an Mencorp simuliert und/oder in böser Absicht erfolgt sei. Die TTCI-Arbeiter gehören zur Times Angestellten-Gewerkschaft, die mit der NAFLU, eine KMU-Föderation verbunden ist. Viele Times-Angestellte sind gestorben, ohne dass ihnen Gerechtigkeit widerfahren wäre, während sich Arbeiter, die noch am Leben sind, in einem fortgeschrittenen Alter befinden, unter Krankheiten leiden. Die NLRC sollte schnell in dieser Angelegenheit zugunsten der Angestellten von Times handeln, so Labog. Wir werden den Kampf für Gerechtigkeit für die Times Angestellten fortführen. Ihr Sieg ist ein Sieg, wenn auch ein teilweise bzw. symbolischer Erfolg von Arbeitern, die unter Gewerkschaftszerstörung und unfairen Arbeitsbedingungen litten und leiden.

05.11.2012

Arbeiter unter der Führung der KMU führten heute morgen eine Picketprotestaktion anlässlich der Wiederaufnahme der Beratungen des Repräsentantenhauses durch und forderten die Verabschiedung des 125-Peso-Gesetzes und eine Untersuchung des neuen 2-Stufen-Lohnsystems. Um ihre Auseinandersetzung mit dem 2-Stufen-Lohnsystem zu dramatisieren, trugen die Arbeiter einen Grabstein mit der Aufschrift: „RIP: Existenzlohn ermordet durch das 2-Stufen-Lohnsystem“ mit sich. Eine signifikante Lohnkürzung, wie sie durch das 2-Stufen-Lohnsystem bewirkt wird, verschärft die Armut und den Hunger der Arbeiter. Es bringt unsere Familien näher zum Tod, so Roger Soluta. Die Arbeiter forderten den Vorsitzenden des Arbeits- und Beschäftigungskomitees des Repräsentantenhauses, Emil L. Ong, Repräsentant von Nord Samar auf, die Veröffentlichung des Berichts zum 125-Peso-Gesetz zu beschleunigen, womit der Weg für seine Übertragung ins Plenum geebnet wird. Die Arbeiter werden sicherlich den 15. Kongress verurteilen, wenn er nicht dazu in der Lage ist, im Sinne der Arbeiterforderung nach einer wirksamen Lohnerhöhung zu handeln. Wir werden unsere Proteste gegen eine signifikante Lohnkürzung und für eine signifikante Lohnerhöhung in den kommenden Wochen intensivieren.

05.11.2012

Die KMU kritisierte heute das Arbeitsministerium für seine verspätete Antwort in der Angelegenheit eines illegalen Unterauftragnehmers der Eton Properties, der seine Arbeiter nicht bezahlt hat. Zuerst mussten die Arbeiter handeln, bevor das Arbeitsministerium etwas getan hat. Das Ministerium initiierte eine Untersuchung der Renie Construction (RPL), einen Unterauftragnehmers des Gebäudegiganten Eton Properties, erst nachdem 52 seiner Arbeiter zur Polizeistation marschiert waren, um eine Anklage gegen die Gesellschaft zu stellen, die ihnen ihre Löhne nicht gezahlt hatte. Die Untersuchung und die Tiraden von Baldoz (Arbeitsministerin, der Übersetzer) gegen den Unterauftragnehmer haben das Ziel, das Gesicht des Arbeitsministeriums zu wahren, das nicht in der Lage gewesen ist, seine Arbeit zu tun und den Arbeitern ihre Löhne zu sichern, so Labog. Es hat kontinuierlich seine Rolle bei der Beobachtung der Verletzung von Arbeiterrechten reduziert und den Kapitalisten erlaubt, die Arbeiter bis auf die Knochen auszubeuten. Die KMU kritisierte die Existenz von Firmen wie Renie Construction aufgrund der Anordnung Nr. 18 des Arbeitsministeriums, womit Leiharbeit legalisiert wird. Das Problem sind nicht einfach nur die illegitimen Unterauftragnehmer wie Baldoz sagt. Das tatsächliche Problem ist nicht nur das der illegalen Unterauftragnehmer, sondern die Legalisierung der Unterauftragnehmer selbst. Unterauftragnehmer wurden von großen Kapitalisten wie Lucio Tan ausgenutzt, um die grundlegendsten Verantwortlichkeiten gegenüber den Arbeitern zu umgehen. Bis heute gibt es keine Gerechtigkeit wegen des Todes von 11 Arbeitern bei Eton Makati. Die KMU forderte die Abschaffung der Anordnung Nr. 18 und die Verabschiedung des Gesetzes für reguläre Beschäftigung, womit die Rechte der Arbeiter auf Arbeitsplatzsicherheit gestärkt werden sollen, in dem verschiedene Leiharbeit- und Unterauftragnehmermaßnahmen bestraft werden können.

07.11.2012

Die KMU erklärte die Billiglohnpolitik der Aquino-Regierung verantwortlich für den Anstieg der Anzahl von Streiks und Arbeiterprotesten. Die Arbeiter haben genug und schlagen zurück. Die KMU nahm dabei Bezug auf folgendes:

1.

Der andauernde Streik in der Bacolod Columbia Marketing Inc. in der Stadt Bacolod gegen die illegale Entlassung und die Gewerkschaftszerschlagung.

2.

Der letzten Mittwoch begonnene Streik in der Prudential Custom Brokerage Inc. in der Stadt Surigao wegen der Weigerung die Löhne zu erhöhen und der Zulagenkürzung.

3.

Die Erklärung der Arbeiter der First Farmers Holding Corporation in der Stadt Talisay, Negros Oriental, dass sie gegen die Verletzung des Rechts auf Mindestlohn streiken



werden.

Sie nahm ebenso Bezug auf Proteste der Arbeiter von Pambato Cargo Forwarder Inc. wegen der Entlassung von Iloilo Arbeitern, die durch Leiharbeiter ersetzt wurden und von Protesten bei Coats Manila Bay Inc in der Stadt Marikina wegen des Managements auf einer Lohnanordnung, die die Lohnerhöhung verrechenbar machen will mit den laufenden Verhandlungen für ein CBA. Die KMU berichtete auch, dass sie 6 Gewerkschaften in Mindanao berät, die Streiks erklärt haben wegen verschiedener Verletzungen von Arbeiterrechten. Die Kapitalisten im ganzen Land werden frecher beim Runter drücken der Löhne, um ihre Profite zu steigern. Das hat den Grund, weil die Aquino-Regierung mit ihrer Billiglohnpolitik hinter ihnen steht, so Labog. Die Billiglohnpolitik besteht aus folgendem: 1. der Verweigerung, die Löhne signifikant zu erhöhen, 2. der Lohnkürzung durch das 2-Stufen-Lohnsystem, 3. der Legalisierung von Leiharbeit durch die Anordnung Nr. 18 des Arbeitsministeriums und 4. verschiedenen Gesetzen, wodurch die Gründung von Gewerkschaften und die Durchführung von Streiks schwerer gemacht wird. Wir können nur effektiv für unsere Rechte kämpfen, wenn wir Gewerkschaften haben. Und nun, mehr als wie bisher, müssen wir zurückschlagen. Labog nahm Bezug auf den 3. Absatz des Artikels 13 der Verfassung von 1987, der feststellt, dass der Staat, das Recht aller Arbeiter garantiert, sich selbst zu organisieren, Tarifverhandlungen zu führen und friedliche gemeinsame Aktivitäten, einschließlich im Einklang mit dem Gesetz zu streiken, durchzuführen.

08.11.2012

Während die KMU heute die Disqualifizierung einer Parteiliste, die eng mit der Aquino-Regierung verbunden ist (Alliance for Nationalism and Democracy bzw. ANAD) und einer weiteren Parteiliste, die sich aus Ultrarechten zusammensetzt (Black and White Movement), begrüßt, fordert sie weiterhin die Disqualifizierung von Akbayan. Comelec hat einen weiteren Grund für die Disqualifizierung von Akbayan geliefert. Wenn es Parteilisten, die eng mit der Regierung verbunden sind, disqualifiziert, muss sie umgehend Akbayan disqualifizieren, so Labog. Die Disqualifizierungsanträge gegen fortschrittliche Parteilisten, die einer soliden Beweiskraft entbehren, sollten umgehend von Comelec zurückgewiesen werden. Sowohl Bayan Muna wie Anakpawis sind Kritiker, keine Verbündeten der Regierung und sie setzen sich definitiv aus marginalisierten Sektoren der Gesellschaft zusammen und dienen ihnen.

09.11.2012

Die KMU kritisierte heute das Soziale Sicherheitssystem(SSS) für die angebliche Überhöhung ihrer Mitglieder mit 789 Milliarden Pesos und rief die staatliche Versicherung dazu auf, den Mitgliedern sofort die Überhöhung zu erstatten. Labog bezeichnete die SSS als unsensibel gegenüber der Situation ihrer Mitglieder wegen der Überhöhung für Gehaltskredite im Jahr 2011, eine Verletzung der Regeln der philippinischen Zentralbank. Die 789 Milliarden Pesos gehören den Arbeitern und sollten so schnell wie möglich an sie erstattet werden. Er forderte auch die Untersuchung dieser Angelegenheit. Wir möchten wissen, wer persönlich innerhalb der SSS-Funktionäre dafür verantwortlich ist.

09.11.2012

Die Wiederwahl von US-Präsident Obama wird nichts an der Tatsache ändern, dass der US-Imperialismus der Gegner Nr. der Arbeiter und Völker auf der Welt bleibt. Die imperialistische Ausplünderung der Weltressourcen und die Aggressionskriege werden fortgesetzt – mit Hilfe der Demagogie der Obama-Regierung. Der US-Imperialismus wird in betrügerischem Einverständnis mit Marionettenregimen wie dem US-Aquino-Regime damit fortfahren, unterentwickelte Länder wie die Philippinen zu dominieren. Er wird damit fortfahren, ihre Vorräte von Rohmaterial und billiger Arbeit, Müllhalde für Abfallprodukte und Kapital und als Plattformen zum Zeigen militärischer Stärke und den Beginn von Aggressionskriegen zu nutzen. Der US-Imperialismus wird damit fortfahren, die Arbeiter und das Volk der USA zu verarmen, versuchen, anti-neoliberale Regierungen in Latein-Amerika zu stürzen, Kürzungsmaßnahmen in Europa einzuführen, Afrika unterzuentwickeln, Kriege in Mittel-Ost und Süd-Asien zu formieren und einen Medienrummel über das chinesische Schreckgespenst inszenieren, um seine militärische Präsenz auszuweiten und seine ökonomischen Interessen in der asiatisch-pazifischen Region zu verteidigen. Zur gleichen Zeit wird die USA kontinuierlich geschwächt durch die internationale ökonomische Krise, die militärische und politische Überschuldung in der ganzen Welt und durch den anwachsenden Widerstand der Arbeiter und des Volkes der USA und der ganzen Welt. Obama's Siegesversprechen, dass „das Beste noch kommen wird“ ist ein Versuch, die Tatsache zu verdecken, dass es schon etwas sehr Schlechtes am Horizont des US-Imperialismus gibt. Wir rufen die Arbeiter und Völker der Welt auf: lasst uns unsere Bemühungen verstärken, unsere Reihen wachzurütteln, zu

organisieren und zu mobilisieren. Lasst uns unsere Kämpfe intensivieren, so dass wir in den kommenden Jahren, größere und stärkere Massen- und revolutionäre Bewegungen haben werden, mehr Regierungen, die ausdrücklich auf Unabhängigkeit bestehen und Regierungen, die die nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus hochhalten. Wir wiederholen den Demonstrationsruf der ersten 1. Mai Demonstration in den Philippinen von 1903: Tod dem US-Imperialismus! (Die Erklärung stammt von Tess Dioquino, stellvertretende Internationalismus-Sekretärin der KMU)

10.11.2012

Die KMU verurteilte heute Glenn Defense Marine Asia, einen militärischen Auftragnehmer der US-Navy, nachdem aufgedeckt worden ist, dass dieser gefährlichen Müll der US-Armee in der Subic Bucht im letzten Monat abgekippt hat. Dieser Vorfall beleuchtet die ungleiche und ausbeuterische Natur der US-philippinischen Beziehungen, wie sie sich in dem US-Philippinen-Besucher-Streitkräfteabkommen (VFA) verkörpern. Bezugnehmend auf Berichte der Subic Bucht Metropolitan Behörde stammt dass von dem Tanker MT Glenn Guardian ausgekippte gefährliche Abfallmaterial von amerikanischen Schiffen, die an den jüngsten gemeinsamen Militärübungen im Land teilgenommen hatten. Die Rechtsanwälte von Glenn Defense Asia verneinten noch bestätigten die Beschuldigungen, stattdessen bezogen sie sich auf eine VFA-Bestimmung und argumentierten, dass der Auftragnehmer nur gegenüber der Präsidentenkommission zum VFA bzw. VFACOM, rechenschaftspflichtig sei. Glenn Defense Marine Asia muss für seine klare Verletzung des Philippinischen Gesetzes 9275 und des Philippinischen Sauberen Wassergesetzes von 2004 streng bestraft werden. Seine Rechtsanwälte benötigen eine Auffrischung und müssen realisieren, dass das VFACOM nur eine Beobachtungseinrichtung ist und keine juristische Macht besitzt, um rechtliche Konflikte zu lösen, so Labog. Wir halten auch die US- und Philippinische Regierung für die Sache verantwortlich. Ihr betrügerisches Einverständnis setzt das Leben und den Lebensunterhalt der Filipinos und die Umwelt einer Gefahr aus. Die US-Regierung kann sich nicht selbst von dieser Angelegenheit distanzieren. In seiner ganzen Geschichte von militärischen Basen in dem Land, haben Streitkräfte immer wieder philippinische Gesetze missachtet und überschritten, ohne dafür bestraft zu werden. Um sich nun von direkten Beschuldigungen abzdämpfen und sich vor öffentlicher Kritik im Fall von Pannen zu schützen, fanden sie es geeignet, private Auftragnehmer wie Glenn Defense Marine Asia anzuheuern, die willig sind, ihre schmutzige Arbeit für Geld zu machen. VFACOM hat laufend funktioniert als eine Stütze der USA im Land, wenn es sich in Fällen von juristischen Debakeln befand. Ohne die absolute und uneingeschränkte Abschaffung des VFA's, kann das Land nicht aus dem Teufelskreis von Verletzung der nationalen Souveränität und der neokolonialen Ausbeutung durch die USA befreit werden. Das VFA hat uns nichts gebracht außer der andauernden Demütigung einer angeblich freien Nation: von der Vergewaltigung unserer Souveränität, der Vergewaltigung unserer Frauen und nun der der Umwelt. Es sollte sofort abgeschafft werden.

10.11.2012

Die KMU kritisierte heute die AJ-Anordnung über den Streik in einer Gesellschaft, die Konservendosen und



Haushaltsprodukte in Bacolod betreibt.

Die Aquino-Regierung fährt damit fort, Lizenzen für Massaker an Arbeitern wie in der Hazienda Luisita 2004 zu benutzen. Seit 11 Tagen streiken die Arbeiter der Bacolod Columbia Marketing Inc aus Protest gegen die

Rekrutierung von Streikbrechern und Schikanen durch das Management, die ihre neue geformte Gewerkschaft zerstören wollen. Die Möglichkeit zur Anordnung des AJ ist enthalten in dem Republik Gesetz Nr. 6715 bzw. auch bekannt als Herrera Gesetz. Dieses erlaubt ihr bzw. ihm, anzuordnen, dass Arbeiter an die Arbeit zurückkehren müssen, um laufende Streiks zu stoppen oder zu verhindern, dass welche ausbrechen. Arbeiter, die diese Anordnung missachten, können mit Kündigung und Strafanklagen konfrontiert werden. Der Arbeitsminister kann Militär und Polizei anfordern, um in den Arbeitskonflikt einzugreifen, so wie es die frühere Arbeitsministerin Patricia Sto. Thomas im November 2004 gegen die streikenden Arbeiter der Hacienda Luisita getan hatte. Während das Gesetz sagt, dass der Arbeitsminister eine AJ bei Arbeitskonflikten in Gesellschaften nur anordnen kann, wenn diese nicht mit nationalen Interessen vereinbar sind, besteht die Praxis darin, wenn er/sie das für legal erachtet. Der Streik in der Bacolod Columbia Marketing Inc. wird nicht die Wirtschaft des Landes oder die Wirtschaft von Negros Oriental kaputt machen, aber die Arbeitsministerin kann einfach eine AJ darüber verhängen. Wir fordern die sofortige Abschaffung dieser Befugnis, AJ anzuordnen, so Labog.

11.11.2012

Die KMU kritisierte heute den kanadischen Premierminister Stephen Harper, der bei seinem des Landes sagte, dass die Philippinen ein sich entwickelnder Tiger in Asien sei. Damit helfe Harper der Aquino-Regierung die Illusion zu verbreiten, dass die Philippinen ökonomisch wachsen, um den Kauf von militärischen Ausrüstungsgütern von Kanada zu rechtfertigen. Die KMU nahm Bezug auf folgende Daten: 1. Die Philippinen haben die höchste Arbeitslosenrate in Südostasien laut Ibon vom September 2012. 2. Manila hat eine von den 10 am höchsten liegenden Stromraten in Asien laut der internationalen Energieagentur vom Oktober 2012. 3. Manila hat ein der niedrigsten Durchschnittslöhne in der Welt laut ILO vom März 2012. 4. Der Hunger ist in Südostasien in den letzten 20 Jahren zurückgegangen mit der Ausnahme von den Philippinen, laut Nahrungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO vom Oktober 2012. Wenn man die Situation der Arbeiter und Armen betrachtet, sind die Philippinen kein ökonomischer Tiger, so Labog. Es ist einfach empörend, dass ein unterentwickeltes Land wie die Philippinen militärische Ausrüstungsgüter kauft, aber nicht die Situation der Arbeiter und Armen verbessern kann. In einer gemeinsamen Pressekonferenz hatten gestern Premierminister Harper und Aquino III bekanntgegeben, dass der philippinische Verteidigungsminister und die kanadische Handelsgesellschaft, eine Gesellschaft, die sich im Besitz der kanadischen Regierung befindet, ein Abkommen zum Kauf von Waffen durch die Philippinen unterzeichnet haben. Harper versprach mehr Investitionen in den Philippinen im Austausch für den Kauf der Waffen.

12.11.2012

Arbeiter unter der Führung der KMU führten heute morgen einen Picketprotest vor dem Sozialen Sicherheitssystem (SSS) in der Stadt Quezon durch und protestierten gegen die überhöhte Zahlung für Gehaltskredite (siehe dazu auch 09.11.12). Sie trugen ein riesiges Zeichen mit der Aufschrift SSS: Maßlose Eintreibungen von den Arbeitern. Wir sind verärgert, weil es schon über eine Woche her ist, dass diese Sache der Öffentlichkeit bekannt wurde und Präsident Aquino hat bis jetzt nichts getan, so Roger Soluta. Die Tatsache, dass hohe Funktionäre der SSS enge Verbündete von dem Präsident sind, macht sie nicht unantastbar. Wir werden unseren Protest fortsetzen, bis die Gelder in Höhe von 789 Milliarden Pesos an die Arbeiter zurückerstattet worden sind.

13.11.2012

Arbeiter unter der Führung der KMU führten heute morgen eine Picketaktion vor dem Büro von Meralco in Manila durch und forderten die Abschaffung der jüngsten Erhöhungen der Elektrizitätsraten und dem für nächstes Jahr vorgesehenen Depotwechsels. Die Arbeiter kritisierten die Erhöhung um 0,12 Pesos pro kwh und den Depotwechsel, der von der Energieregulierungskommission angenommen worden ist als eine zusätzliche Bürde für die Arbeiter, die unter niedrigen Löhnen leiden. Um ihren Protest zu demonstrieren, zeigten die Arbeiter Bilder des Hauptanteilseigners und Geschäftstycoons Manny Pangilinan und des Präsident Aquino III als Händeaufhalter, die aus Kunden Opfer machen. Arbeiter und die allgemeine Öffentlichkeit sind wie Geiseln für Meralco und die Aquino-Regierung. Mit Duldung der Regierung führt Meralco Strompreiserhöhungen gegenüber Kunden durch, die zu keinem anderen Stromanbieter wechseln können, so Roger Soluta. Wir glauben, dass die Einführung eines Depotwechsels von 25% für die Meralco-Kunden nur ein Vorgeschmack darauf ist, dass diese Einführung alle Verbraucher betreffen wird. Entsprechend ihrem Verbrauch müssen die Kunden folgendes bezahlen: bei einem Verbrauch von 101 Kwh 11,35 Pesos, bei 200 Kwh 23,70 Pesos, bei 300

Kwh 35,56, bei 400 Kwh 47,41 und bei 500 Kwh 59,26 Pesos. Elektrizität ist eine lebensnotwendige Angelegenheit, was von der Regierung unterstützt werden muss, um dem Volk diese zu annehmbaren Preisen anzubieten.

13.11.2012

Arbeiter unter der Führung der KMU gedachten heute des 26. Jahrestages der Entführung, Folterung und Ermordung von dem Gewerkschaftsvorsitzenden Rolanda Olalia und Leonor Alay-ay mit einer Zusammenkunft und Protestaktion, bei der sie zu Gerechtigkeit für die beiden aufriefen.

Arbeiter und Aktivisten aus verschiedenen Sektoren kamen in einem Forum zusammen, bei dem Neuigkeiten in dieser Angelegenheit dargestellt und die Verletzung von Gewerkschafts- und Menschenrechten durch die Aquino-Regierung im Büro von Bayan zusammengetragen wurden. Bayan ist die Dachorganisation, bei der Olalia bis zu seinem Tod Vizevorsitzender gewesen ist. Die Arbeiter und Aktivisten setzten ihre Aktion dann mit einer Protestaktion in der Ecke der East Avenue fort, bei der sie Gerechtigkeit für ihre Kameraden einforderten. Es ist ein Beweis für das verrottene Justizsystem des Landes, dass die Ultrarechten, die zur damaligen Zeit auf den Sturz der Regierung hinarbeiteten, bis heute ungestraft für die Entführung, Folterung und Ermordung der beiden bleiben. Nun, wo das Gerichtsverfahren nach 26 Jahren am Laufen ist, erhöhen wir unsere Wachsamkeit und intensivieren unseren Kampf für Gerechtigkeit. Wir werden alles in unseren Kräften stehende tun, damit Gerechtigkeit hergestellt wird, so Labog. Wir rufen die Gerichte auf, fair zu bleiben. Wir rufen die Staatsanwälte auf, standfest zu bleiben und wir rufen die Arbeiter und die Öffentlichkeit auf, wachsam zu bleiben. Wir hoffen, dass die Aufmerksamkeit, die die Massenmedien der Angelegenheit widmen, sich fortsetzt. Wir hoffen in brünstig, dass das Verfahren mit der Herstellung von Gerechtigkeit für unsere Kollegen endet und nicht mit dem Reinwaschen der Namen der für dieses fürchterliche Verbrechen Verantwortlichen.

14.11.2012

Wir unterstützen die Arbeiter und Völker in Europa in ihrem Kampf gegen die Kürzungsmaßnahmen und den Imperialismus. (Solidaritätserklärung der KMU zum europaweiten Generalstreik): Im Namen der



philippinischen Arbeiter und des Volkes erklärt die KMU ihre wärmste Solidarität mit den Arbeitern und Völkern Europas bei der Durchführung ihres europaweiten Aktionstages gegen die Kürzungsmaßnahmen. Der Generalstreik am 14. November ist eine große Gelegenheit, die Einheit der Arbeiter und Völker Europas gegen die Kürzungsmaßnahmen, die von den Imperialisten durch sog. Troika der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond eingeführt worden sind, darzustellen. Wir betrachten diese Aktion nicht nur als Solidaritätsvorstellung zwischen den europäischen Arbeitern und Völkern gegen die Kürzungsmaßnahmen, sondern auch als Teil des weltweiten Widerstandes gegen die sich verschärfende imperialistische Krise, die die Löhne, die Arbeitsplätze und Rechte der Arbeiter und den allgemeinen Lebensunterhalt der Völker auf der ganzen Welt zerstört. Als ein Ergebnis der Kürzungsmaßnahmen leiden viele Arbeiter und Völker in Europa unter Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, eingeschränktem Zugang zu Bildung, Gesundheit und anderen Dienstleistungen. Aber die Proteste haben sich ausgeweitet, die Regierungen isoliert und die Troika als arbeiter- und volksfeindlich entlarvt. Die Monopolkapitalisten mit der Finanzoligarchie an ihre Spitze, haben die Lasten der Krise auf die Rücken der unterdrückten Arbeiter und Völker abgeladen, während die größten Konzerne, Banken und Finanzinstitutionen weiterhin Superprofite machen und Kapital steigend akkumulieren. Für die philippinischen Arbeiter und das Volk sind Kürzungsmaßnahmen nichts Neues. Der Internationale Währungsfond, die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank und andere imperialistische Institutionen diktieren schon lange der philippinischen Regierung die neoliberale Politik, mit der die Arbeiterlöhne runter gedrückt und die staatliche Unterstützung für soziale Dienstleistungen reduziert werden. Diese Kampagne geht Hand in Hand mit ihrer Kampagne, die Philippinen als großes Agrarland ohne Grundindustrien und dominiert durch imperialistische Kräfte zu behalten. Als ein Ergebnis leiden die philippinischen Arbeiter und das Volk unter einem sich verschärfenden Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit. Wir rufen die europäischen Gewerkschaften auf, sich

gegen die verschiedenen Angriffe zu verteidigen, sich mit anderen gesellschaftlichen Sektoren zu vereinigen und breite wahrhafte Massenbewegungen in ihren Ländern herauszubilden. Begegnen wir den Kürzungsmaßnahmen und anderen Angriffen auf die Arbeiter mit einer offensiven Haltung, sowohl bei der Bekämpfung dieser Politik als auch in der Ausweitung und Stärkung unserer Reihen. Wir rufen die Arbeiter und Völker Europas auf, ihre Einheit und den Kampf gegen die Kürzungsmaßnahmen zu intensivieren. Wir rufen sie auf, nicht nur gegen die Kürzungsmaßnahmen, sondern auch gegen das imperialistische System, das hinter diesen Maßnahmen steckt, zu kämpfen. Wir fordern sie auf, für den Sozialismus zu kämpfen und die Kämpfe für nationale Unabhängigkeit und Demokratie in den unterentwickelten Ländern zu



unterstützen.

14.11.2012

Arbeiter unter der Führung der KMU beteiligten sich heute morgen an einer Demonstration vor der US-Botschaft in Manila und forderten die Abschaffung des VFA's (siehe auch 10.11.12) im Nachgang auf die Berichte über die giftigen Abfälle, die von der US-Navy in die Gewässer des Landes abgekippt worden sind. Die KMU verurteilte die Aquino-Regierung dafür, dass diese gesagt hatte, dass das VFA nicht deswegen gekündigt werden soll, weil Glenn Defensive Marine als 3. Partei, die die Giftfälle in die Subic Bucht abgekippt hatte, nicht durch das Abkommen gedeckt sei. Diese Gesellschaft mag zwar nicht durch das VFA geschützt sein, aber die US-Schiffe, die diese Giftabfälle produziert haben, sind es sicherlich. Das ist die klare Basis für die Abschaffung des VFA's, so Labog. Das logische Ergebnis ist die Verantwortlichmachung von Glenn Defensive Marine für das Verbrechen und die sofortige Abschaffung des VFA. Das eine zu tun und das andere zu lassen, ist einfach absurd. Dies ist nicht das erste Mal, dass die USA giftige Abfälle im Land abkippt. Alleine der Grund, dass giftige Abfälle verklappt werden, reicht schon aus, den US-Truppen und -schiffen das Betreten der Philippinen zu verweigern. Diese Giftabfälle sind zerstörerisch für die Umwelt, verhängnisvoll für die Gesundheit unseres Volkes und eine Ohrfeige für die Würde der Filipinos überall.

16.11.2012

Es ist nicht überraschend, dass die Arbeitslosigkeit hoch bleibt und seit dem 2. Quartal von 26,6% auf 29,4% gestiegen ist, weil die Aquino-Regierung kein ernsthaftes Beschäftigungsprogramm hat. Die Filipinos mögen Hoffnung haben, dass sie im 4. Quartal Arbeitsplätze erhalten, aber diese Jobs sind meistens zeitlich befristet und schlecht bezahlt, so Labog.

16.11.2012

Heute begehen wir den 8. Jahrestag des Massakers in der Hazienda Luisita mit einer Demonstration zum Präsidentenpalast.



Wir sind empört darüber, dass auch nach 8 Jahren die Justiz noch keine Gerechtigkeit gegenüber diesem grauenvollen Verbrechen hergestellt hat und dass sich die Unterdrückung der Gewerkschaften bis heute fortsetzt. Wir vereinigen uns mit allen Arbeitern auf der ganzen Welt, die diesen Protesttag als Teil des Internationalen Tages gegen Gewerkschaftsunterdrückung begehen. Erneut forderte Labog die Abschaffung des AJ, der Leiharbeit und des 2-Stufen-Lohnsystems und sprach sich für die 125 Peso-Lohnerhöhung beim Mindestlohn aus. Die Aquino-Regierung ist eindeutig arbeiterfeindlich und prokapitalistisch. Sie verdient nichts anderes wie die organisierte und kämpferische Opposition der Arbeiter und Armen des Landes.

17.11.2012

Wir verurteilen die andauernden Luftangriffe gegen das palästinensische Volk im Gaza-Streifen. Sie haben den Tod von Kindern und Zivilisten und die Zerstörung der zivilen Infrastruktur im Gaza verursacht. Die israelische Regierung begeht Verbrechen gegen die Menschlichkeit und verletzt das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung. Wir verurteilen die andauernde Besetzung des Gaza und wir unterstützen das Recht des palästinensischen Volkes für seine Selbstbestimmung zu kämpfen. Wir verurteilen den Gebrauch von exzessiver Gewalt, damit Israel seine Besetzung des Gaza aufrechterhalten kann. Diese Luftangriffe sind besonders heimtückisch, erfolgen sie doch in einer Situation wo Hamas und andere palästinensische Gruppen einen Waffenstillstand angeboten und befolgt haben. Wir verurteilen den Premierminister von Israel, Benjamin Netanyahu, der die Angriffe benutzt, um chauvinistische Gefühle anzuheizen und Unterstützung für seine Wiederwahl zu mobilisieren. Wir verachten die israelische Regierung dafür, dass sie eine Nachrichtenblockade gegenüber dem Gaza verhängt hat, um die Auswirkungen der mörderischen Angriffe zu verdecken. Wir verurteilen ihre Kampagne, die den Willen des palästinensischen Volkes für ihren Kampf um Unabhängigkeit brechen will. Wir verurteilen die USA für ihre Unterstützung der Besetzung des Gaza durch Israel und der Luftangriffe auf das palästinensische Volk. Tatsache ist, dass diese Angriffe wenige Tage nach der Wiederwahl von Obama bekommen haben. Dies beleuchtet die Tatsache, dass er sich entgegen den Illusionen, die er verbreitet hat, sich nicht von George W. Bush und den vorangegangenen US-Präsidenten unterscheidet, die die Interessen des US-Imperialismus auf der Welt hochhalten. Das Leiden des palästinensischen Volkes unterstreicht die tödlichen Konsequenzen der Dominanz des US-Imperialismus im Mittleren Osten und auf der Welt und seine Teile-und-Herrsche-Strategie in dieser Region. Sie haben enorm gelitten wegen der Allianz des US-Imperialismus mit der israelischen Regierung gegen viele Länder im Mittleren Osten und in Nord-Afrika und gegen nationale Befreiungsbewegungen. Die israelische Regierung wurde eine Militärmacht und erfreut sich der Straflosigkeit ihrer Verbrechen in der Region aufgrund der Unterstützung durch die US-Imperialisten. Wir rufen die Arbeiter und Völker von Palästina, Israel und allen Nachbarländern

auf, den Kampf des palästinensischen Volkes gegen die US-unterstützte israelische Besetzung und für Selbstbestimmung zu unterstützen. Vereinigen wir uns und stehen auf gegen den US-Imperialismus – den Feind der Arbeiter und Völker auf der ganzen Welt. Es wird so lange keine wirkliche und andauernde Freiheit und Frieden in der Welt geben, bis nicht der Imperialismus durch die Arbeiter und Völker der Welt niedergedrückt worden ist, so Labog.

18.11.2012

Die KMU warnte heute die Öffentlichkeit vor den Motiven, die hinter der Unterstützung des Schwangerschaftsgesundheitsgesetzes durch große Kapitalisten stehen. Diese sind mehr an der Steigerung ihres Profites interessiert als an der Verringerung der Armut und dem Hochhalten der Mutterschutzgesetze. Die Öffentlichkeit sollte sich vor der Unterstützung hüten, die hier gegeben wird – von der Philippinischen Handels- und Industriekammer, dem philippinischen Arbeitgeberverband, dem Geschäftsleuteclub von Makati, der Managervereinigung der Philippinen und den philippinischen Geschäftsleuten für sozialen Fortschritt. Diese Unterstützung stammt von ihren armenfeindlichen Gefühlen und ihrer Gier nach Profit. Sie haben nie ehrliche Sorge für das Leiden der Armen oder die Mutterschaftsrechte gezeigt, so Labog. Die großen Kapitalisten haben immer die Armen für ihre Armut als selbstverantwortlich erklärt und behauptet, dass diese selbst etwas für die Verringerung der Armut tun müssen. Sie weigerten sich, anzuerkennen, dass die weitverbreitete Armut, durch das System hervorgerufen wird, dass sie beherrschen. Sie wollen so viele wie möglich Verhütungsmittel an viele Verbraucher verkaufen, um ihre Profite zu steigern. Die großen Pharmazieunternehmen und ihre örtliche Vertriebsgesellschaften sind begierig auf einen großen Markt. Die KMU bezeichnet die großen Kapitalisten, die hinter den oben genannten Gruppen stehen als scheinheilig, die versuchen, sich als pro-Armen und frauenfreundlich darzustellen. Sie geben sich armenfreundlich, aber sie haben beständig die Forderungen nach 125 Pesos, der Abschaffung von Leiharbeit und den Respekt von Frauenrechten zurückgewiesen. Sie haben städtische Armutsgemeinden zerstört, damit sie ihre Geschäfte dort errichten können. Sie geben sich als frauenfreundlich, aber sie haben all die Jahre Mutterschutzrechte gegenüber Leiharbeiterinnen verweigert. In vielen Spezialwirtschaftszonen bedeutet die Schwangerschaft von Leiharbeiterinnen ihre automatische Arbeitsplatzkündigung. Die großen Kapitalisten erwecken den Anschein, als seien sie national gesinnt und gäben der Gesellschaft viel zurück durch ihre corporate social responsibility bzw. CSR(Sozialverantwortlichkeitsprogramme) Programme. Wenn sie wirklich so sein wollen, sollten sie die Löhne und Zulagen der Arbeiter erhöhen, den Arbeitsplatzschutz anerkennen und die Gewerkschaftsrechte einhalten. Die großen Kapitalisten nehmen Zuflucht zu sog. CSR-Programmen, weil sie das menschlich erscheinen lässt, während sie tatsächlich wenig tun, um das Leben der Angestellten zu verbessern.

18.11.2012

Die KMU verurteilte heute die geplante Entlassung von 43 ärztlichen Vertrauenspersonen durch die Fa. Merck Inc, eine deutsche Pharmaziegesellschaft. Dieser Schritt ist unterfair gegenüber den Arbeitern der Firma, die so viel für die Entwicklung des Betriebes beigetragen haben. Wir verurteilen diesen Schritt, der in der Absicht getätigt wird, die Arbeitskosten durch Auslagerungsmaßnahmen zu senken, so Labog. Der Betrieb will die Arbeiter ihrer Löhne und Zulagen berauben, deren Erhöhung sie durch ihren Kampf in den letzten Jahren erreicht haben. Sie will die Arbeitergewerkschaft und ihr Recht auf Tarifverhandlungen schwächen. Merck Inc. hat die Kündigung der 43 zum Januar 2013 angeordnet, nachdem der Betrieb seine Quote nicht erreicht hatte. Die Basis für die Kündigung ist bizarr. Mit den steigenden Preisen für Güter und Dienstleistungen im Land, können die Betriebe ihre Verkaufsquoten nur noch schwer erreichen. Wird es nicht schwerer, die Quote zu erreichen, wenn sie 25% ihrer Beschäftigten entlässt? Die KMU behauptete, dass diese Kündigungen ein Teil des Kürzungsprogramms der deutschen Firma sind. Es ist empörend für die Arbeiter, dass sie, die in Vorkrisenzeiten eine Schlüsselrolle bei der Steigerung der kapitalistischen Profite spielen, umgehend entlassen werden, wenn sie die Krise trifft.

19.11.2012

Die KMU verurteilte heute die Schikanen, die gegen Arbeiter in zwei laufenden Arbeitskonflikten begangen worden sind. Die Aquino-Regierung fährt damit fort, Kriegsrecht an Arbeitsplätzen anzuwenden. Die Arbeiter des Landwirtschaftsmagnats Lapanday Fruits Corporation in der Stadt Davao werden intensiv beobachtet, das Sicherheitspersonal wird dort erhöht und es gibt Schikanen an ihren Wohnplätzen, nachdem sie im letzten Oktober einen Streik angekündigt hatten. Schwerebewaffnete Elemente der Philippinischen Nationalpolizei sind

zu der Streikpostenkette der streikenden Arbeiter der First Farmers Holding Corporation in der Stadt Talisay in Negros Oriental gegangen und haben das Klima des Arbeiterprotestes erhöht. Die Schikanen in den Arbeitskonflikten in Lapanday und First Farmers zeigen erneut, dass das Arbeitsministerium seine Hände geschlossen hält, wenn es zu verschiedenen Formen der Repression gegen Arbeiter kommt. Sie beweisen, dass die Polizei eine Bande von durch die Kapitalisten angeheuerten Schlägern ist, wenn sie die benötigen. Die KMU antwortete auch auf die Metro Bacolod Handels- und Industriekammer, die sich besorgt über die wachsende Arbeiterunruhe in Negros Occidental äußerte. Neben den Arbeitern von First Farmers, sind auch die Arbeiter von Bacolod Columbia Marketing in den Streik getreten, während die Arbeiter der Coca Cola Flaschen Fabrik und der Pambato Cargo Forwarder Inc. in der Provinz Proteste durchführen. Die Arbeiterforderungen sind einfach und basieren auf den Studien der Profite ihrer jeweiligen Arbeitgeber. Die Kapitalisten haben die Unverfrorenheit, Sorge über den anwachsenden Arbeiterprotest zu äußern, halten aber ihren Mund gegenüber den sich ausweitenden Verletzungen der Arbeiterrechte.

20.11.2012

Die KMU kritisierte heute das Repräsentantenhaus für die Verabschiedung des K plus 12-Bildungsprogramms nach seiner 3. Lesung am letzten Montag. Damit haben die Kongressabgeordneten die Jugend des Landes zu billig Arbeit verdammt. Mit diesem Programm werden 2 Jahren zur Schulbildung zur Erlangung handwerklich-beruflicher Fähigkeiten hinzugefügt, damit sie nach dem Schulabschluss sofort in niedrigbezahlte und Leiharbeiterjobs einsteigen können. Labog verdammt die von der Aquino-Regierung verbreitete Illusion, wonach das K plus 12 Programm dabei helfen könne, die weitverbreitete Arbeitslosigkeit im Land zu lösen. Es ist dumm, zu denken, dass die Beschäftigungssituation im Land durch Veränderungen im Bildungssystem verbessert werden könne. Das Repräsentantenhaus sollte seinen Schwerpunkt auf das 125-Peso- und das



Reguläre Beschäftigungsgesetz legen.

21.11.2012

Nicht überraschend, aber weiterhin empörend. Mit diesen Worten kritisierte die KMU heute die Zulassung von Akbayan als Parteiliste für die Wahlen 2013 – entgegen der Tatsache, dass diese Liste bereits in der Aquino-Regierung überrepräsentiert ist und nicht die Marginalisierten repräsentiert. Das ist ein klarer Beweis dafür, dass Comelec ein Werkzeug der Aquino-Regierung ist und keine unabhängige Behörde. Ihre Objektivität und Glaubwürdigkeit hat schon lange einen Makel bekommen, so Labog. Die KMU kritisierte die Disqualifikation der Parteilisten Courage und Kalikasan. Ersteres begründete sie damit, dass ihr Sektor in der Regierung überrepräsentiert und nicht marginalisiert sei. Nachdem Courage einen Antrag auf Nachprüfung gestellt hatte, änderte Comelec ihre Argumentationsbasis und sagte, dass Parteilisten unabhängig von der Regierung sein müssten. Nun hat Comelec Akbayan zugelassen mit der Begründung, dass „Teil der Regierung“ kein Grund für die Disqualifikation sei. Die KMU wird Akbayan weiterhin als eine vom Präsidentenpalast gestützte Parteiliste und ihre Unterstützung der armen- und volksfeindlichen Politik der Aquino-Regierung aufdecken. Wir fordern die Wähler bei den Wahlen 2013 auf, Akbayan eine Abfuhr zu erteilen. Wir rufen die Öffentlichkeit auf, Akbayan Funktionären und Kandidaten bei ihrer Wahlkampagne zuzurufen: Ang kapal ninyo, vermutlich Nein zu Eurer Schicht!

21.11.2012

Im ganzen Land führten Arbeiter Protestaktionen vor den Verwaltungen des Arbeitsministeriums durch und verurteilten den Widerstand des Ministeriums gegenüber der Forderung nach einem 125-Peso-Gesetz und



dem Gesetz zur Abschaffung der Leiharbeit.

In Intramuros (Manila) wurde die Protestaktion vor der Hauptverwaltung des Arbeitsministeriums von einer Koalition namens ACT2WIN (Action against Contractualization and Towards Significant Wage Increase Now, zu Deutsch: Aktion gegen Leiharbeit und Vorwärts zu einer wirksamen Lohnerhöhung jetzt) durchgeführt. Um ihren Protest zu symbolisieren, banden sich Arbeiter in der Hauptstadt selbst an den Pfeilern der Hauptverwaltung fest und hielten Plakate mit ihren Forderungen hoch: Existenzlohn, reguläre und anständige Arbeitsplätze, Recht auf gewerkschaftliche Organisation. Regionale Ortsverbände der KMU in Bicol, Südmindanao, Panay und Zentral Visayas demonstrierten zu den Regionalbüros des Arbeitsministeriums und führten dort Proteste durch. Diese Regierung hat Forderungen nach einer signifikanten Lohnerhöhung zurückgewiesen, während sie die Preiserhöhungen für Güter und Dienstleistungen erlaubt hat. Sie besitzt die Unverfrorenheit zur Erlaubnis einer weiteren Preiserhöhungsrunde von verschiedenen Arten der öffentlichen Versorgungseinrichtungen, so Labog. Die KMU nahm dabei Bezug auf die Erhöhung der Gebühren für staatliche Transaktionen, die Genehmigung zur Erhöhung der Wasser- und Strompreise und das Durchdrücken von Fahrpreiserhöhungen in der Metro und dem Light Railway Zug. Die KMU sagte, dass der Anstieg von Streiks und anderen Arbeitsplatzprotesten in diesem Jahr zeigt, dass die Arbeiter gegen ihre mickrigen Löhne, Leiharbeit und andere Angriffe auf Gewerkschaftsrechte kämpfen. Sie nahm dabei Bezug auf die angekündigten Streiks in der Lapanday Foods Corporation in Davao und anderen Betrieben in Mindanao, die Streiks bei Bacolod Columbia und First Farmers in Negros Occidental und verschiedene Protestformen der Arbeiter von Pambato Cargo Forwarder Inc., Coats Manila Bay Inc. und Merck Inc. . Unser heutiger Protest ist erst der Beginn. Wir werden unsere Proteste in den kommenden Wochen und Monaten intensivieren.

22.11.2012

Arbeiter unter der Führung der KMU führten heute Morgen eine Protestaktion vor dem Philippine General Hospital in Manila durch und kritisierten den Plan der Aquino-Regierung zur Privatisierung von staatlichen Hospitälern. Die Arbeiter meinten, dass die Krankenhausgebühren sicher in dem Moment steigen werden, wenn die Hospitäler privatisiert worden sind. Mit unseren mickrigen Löhnen ist es schon schwer genug für uns Arbeiter, eine angemessene Medizin und Gesundheitsversorgung zu erlangen. Die Privatisierung der staatlichen Krankenhäuser wird es uns unmöglich machen, in Krankenhäusern behandelt zu werden, obwohl wir unsere Steuern bezahlt haben, so Roger Soluta. So wie es ist, gehen Arbeiter und Arme erst dann ins Krankenhaus, wenn sich ihre Erkrankungen bereits in einem chronischen Zustand befinden. Teure Krankenhausbenutzung bedeutet den sicheren Tod für die philippinischen Arbeiter und Armen. Die Privatisierung hat zu den haushohen Preissteigerungen für die grundlegenden Dienstleistungen und öffentlichen Einrichtungen geführt. Als Petron privatisiert wurde, stiegen die Ölpreise. Als Napocor privatisiert wurden, mussten die Leute höhere Strompreise bezahlen. Und nun will die Regierung die staatlichen Krankenhäuser privatisieren? Wir rufen die Arbeiter und das Volk dazu auf, gegen den Plan zur Privatisierung der Krankenhäuser zu protestieren. Wir müssen für unser Recht auf Gesundheitsversorgung kämpfen.

22.11.2012

Die KMU kritisierte heute die Verabschiedung des Gesetzes für eine Sündensteuer im Senat am letzten Dienstag. Diese Steuermaßnahme ist eine zusätzliche Bürde auf dem Rücken der Arbeiter und Armen im Land und die Aquino-Regierung ist nicht wirklich um die öffentliche Gesundheit besorgt. Dieses Gesetz soll ein zusätzliches Einkommen von 40-45 Billionen Pesos durch höhere Steuern auf Alkohol und Tabakprodukte für die Regierung schaffen. Diese Steuer ist Teil eines ganzen Paketes, das enthält: Erhöhung von Wasser- und Strompreisen, Erhöhung der Fahrpreise für MRT und LRT, die Privatisierung staatlicher Krankenhäuser, der Test der öffentlichen Meinung zur Einführung einer SMS-Steuer und die Erhöhung der Gebühren für Transaktionen mit dem Staat. Die Aquino-Regierung will sich eine zusätzliche Einkommensquelle schaffen durch die die Sündensteuer und behaupten, dass dies die Armen davon abhalten wird, Alkohol und Tabakprodukte zu kaufen. Die Wahrheit ist, dass sie vor allem daran interessiert ist, die Regierungseinnahmen zu steigern, so Labog. Dieses Geld wird nicht dazu dienen, die Gesundheitsleistungen im Land oder von anderen Sozialeinrichtungen zu verbessern. Es wird an ausländische Kreditinstitutionen in der Form von Schuldenzahlungen und große Bürokraten in Form der Korruption und Vergünstigungen gehen. Für die Filipinos ist der Hunger das Gesundheitsproblem Nr. 1: das Fehlen ausreichender Nahrung, nicht der Alkohol oder Tabakprodukte. Der Gegner Nr. 1 für die philippinische Gesundheit ist die Aquino-Regierung, die die Kapazität der Arbeiter, genug Lebensmittel zu kaufen, reduziert.

22.11.2012

Die KMU ermutigte heute die Regierung dazu, den Arbeitgebern, die ihrer Verantwortung zur Zahlung eines 13. Monatsgehaltes an die Arbeiter nicht nachkommen, nachzugehen und eine kategorische Stellungnahme herauszugeben, dass sie die Arbeitgeber bestrafen wird, die ihren Arbeitern nicht dieses Gehalt geben. Damit reagierte die KMU auf die Stellungnahme des Präsidentensprechers Edwin Lacierda, mit dem die Arbeitgeber daran erinnert wurden, das 13. Monatsgehalt an ihre Arbeiter zu zahlen und dass es nach dem Gesetz strafbar sei, wenn sie dies nicht tun. Diese Erinnerung ist ein jährliches Ritual geworden. Weiterhin zahlen viele Kapitalisten dieses Geld nicht aus, so Labog. Wir fordern die Aquino-Regierung dazu auf, kategorisch mitzuteilen, dass seine Regierung die Kapitalisten bestrafen wird, die das nicht tun. Wir glauben nicht, dass das Arbeitsministerium überwachen wird, welche Kapitalisten das 13. Monatsgehalt nicht auszahlen. Es hat seine Kapazität zur Überwachung der Arbeitsplätze gegenüber der Verletzung von Arbeiterrechten substantiv reduziert. Die KMU rief die Arbeiter im Land dazu auf, ihrem nationalen Büro Fälle der Verweigerung des 13. Monatsgehaltes zu benennen, damit dies die Namen bekanntgeben und rechtliche Hilfe geben kann.

26.11.2012

Die KMU kritisierte das öffentliche Bieterverfahren für den Bau und Betrieb des philippinischen Orthopädiezentrums, das letzten Sonntag begonnen hat. Die Aquino-Regierung entzieht damit den Arbeitern und Armen stark benötigte gesundheitliche Leistungen. Die Ausschreibungsunterlagen für das 5,6 Billionen Peso Projekt, das am 8.9.2012 von Aquino III als Teil des Regierungsprogramms für Public-Private-Partnership-Programme angenommen worden ist, wurde am Sonntag bereitgestellt und kann bis zum 25.02.2013 erworben werden. Sie zeigt damit, wie mitfühlend sie gegenüber den großen Kapitalisten ist, die große Profite durch den Kauf von wesentlichen Dienstleistungen für die Armen erreichen wollen. Arbeiter und Arme werden durch die Privatisierung staatlicher Krankenhäuser viel verlieren, so Labog. Die Privatisierung staatlicher Krankenhäuser richtet sich gegen das Recht des Volkes auf Gesundheit und die Bestimmung der Verfassung, die festhält, dass der Staat finanziell tragbare Dienstleistungen unterstützen muss. Wir werden solange kämpfen, bis diese Maßnahme zurückgenommen ist.

26.11.2012

Die KMU verurteilte heute die riesigen Einkommen und Vergünstigungen, die die Funktionäre des Kabinetts erhalten, während die Arbeiter des Landes unter niedrigen Löhnen, Hunger und Armut leiden. Damit reagierte die KMU auf den Bericht der Auditkommission zu den Einkommen und Zulagen der Regierungsfunktionäre für 2011, der zeigt, dass die Mehrheit der Kabinettsminister im letzten Jahr mehr als 1 Milliarde Pesos erhalten haben. Das meiste erhielt der Außenminister Alberto del Rosario mit fast 3 Milliarden Pesos. Diese Einkommen stammen von den Steuern der Arbeiter und des Volkes. Die Funktionäre der Regierung bereichern sich aus der Arbeit des Volkes, dessen Löhne nicht hoch genug sind, um die Bedürfnisse

ihrer Familien zu befriedigen, so Labog. Wenn man den Mindestlohn in der Hauptstadtregion mit 424 Pesos, der höchste im ganzen Land, mit 314 Tagen multipliziert, kommt man auf mickrige 133136 Peso pro Arbeiter im Jahr – weit entfernt von den 1 Milliarde Pesos, den manche Kabinettsfunktionäre im letzten Jahr erhielten. Vielleicht erleichtern die riesigen Einkommen und Vergünstigungen den Regierungsfunktionären die Durchsetzung einer Politik, die den Hunger und die Armut verschärft. Umso höher ihre Einkommen und der Reichtum sind, umso weiter weg sind sie von der Situation der Armen. Die KMU wird am 30. November eine landesweite Protestaktion anlässlich des Andreas Bonifacios-Tages durchführen und 125 Peso Mindestlohnerhöhung, die Abschaffung des neuen 2-Stufen-Lohnsystems u.a.m. fordern.

27.11.2012

In Mitten der jüngsten Ölpreiserhöhungsrunde kritisierte die KMU heute Aquino III für seine Verweigerung, das Ölderegulierungsgesetz abzuschaffen und Preiskontrollen für Petroleumprodukte einzuführen. Die weltweiten Ölmonopolkonzerne und die örtlichen 3 Großen nutzen jede Gelegenheit globaler Turbulenzen, um die Preise zu erhöhen und die Profite zu steigern. Heute Morgen haben Petron, Shell, Chevron, Flying V und Phoenix Petroleum die Preise für ihre Produkte angehoben und dabei Bezug genommen auf die Luftangriffe Israels auf das palästinensische Volk im Gaza-Streifen. Arbeiter unter der Führung der KMU haben umgehend eine Protestaktion vor der Petron-Station an einer Ecke in der Stadt Quezon durchgeführt. Die großen Ölkonzerne behaupten, dass Israel die Kontrolle über die Flachmeergasfelder im Gaza erlangen will. Es gibt keine direkte Verbindung zwischen den Luftangriffen und der Ölversorgung auf dem Weltmarkt. Die schwere Weltwirtschaftskrise verursacht geopolitische Turbulenzen auf der ganzen Welt. Die globale Ölindustrie nutzt jede Gelegenheit von Turbulenzen als Entschuldigung, um ihre Preise zu erhöhen und ihre Superprofite zu steigern, so Roger Solutat. Die KMU stellte auch das Handeln der großen 3: Petron, Shell und Chevron mit der sofortigen Erhöhung der Preise in Frage obwohl sie eine Reserve für 30 Tage zur Verfügung haben. Wir werden unsere Proteste gegen die Überteuerung durch die großen 3 und für die Abschaffung des Ölderegulierungsgesetzes fortsetzen.

27.11.2012

Arbeiter unter der Führung der KMU führten heute eine Picketprotestaktion vor dem Public-Private-Partnership (PPP) Zentrum in der Stadt Quezon durch und verurteilten dabei die Privatisierung von staatlichen Krankenhäusern. Sie erhoben ihre Stimme gegen das erste PPP-Projekt im Gesundheitssektor: die Gründung eines privaten philippinischen Orthopädiezentrums innerhalb des Geländes des Nationalen Nierentransplantationsinstitutes in Quezon, wodurch das staatliche Orthopädiezentrum in derselben Stadt ersetzt würde. Die Privatisierung von Gesundheitsleistungen ist eine Todesstrafe für die Arbeiter und Armen. Die Aquino-Regierung verurteilt die Arbeiter und Armen zu hohen Krankenhausrechnungen, Schuldenlasten, Krankheiten und Tod, so Roger Soluta. Wir befürchten auch, dass die Privatisierung von staatlichen Krankenhäusern zur Kündigung von Arbeiter und zur Umwandlung in Leiharbeitsverhältnissen in diesen Krankenhäusern führen wird.

28.11.2012

Die KMU reagierte heute auf die Verteidigung der hohen Einkommen, die die Kabinettsfunktionäre 2011 bekommen haben durch Haushaltsminister Butch Abad. Dieser rechtfertigte das mit arbeitsbedingten Ausgaben und benötigter Zahlungsfähigkeit. Diese Leute sind verantwortlich für die niedrigen Löhne der Arbeiter und Einkommen der armen Menschen. Warum erhalten sie eine Milliarde oder Milliarden Pesos als Einkommen? so Labog. Es ist sehr ironisch, dass die meisten der Kabinettsmitglieder, die Milliarden Pesos Einkommen erhielten, diejenigen sind, die das sog. Anti-Armutsprogramm der Regierung umgesetzt haben. Sie scheiterten dabei. Während die Aquino-Regierung eine Billiglohnpolitik für die Arbeiter im Land durchsetzt, scheint es so, dass sie für ihre Spitzenfunktionäre „Mach-uns-schnell-reicher“-Politik einführt. Und die genannten Einkommen nur die Spitze des Einkommens. Dazu kommen noch Einnahmen aus Korruption und anderen dubiosen Transaktionen.

28.11.2012

Am 30.11.2012 werden die Filipinos den 149. Geburtstag ihres Helden der Arbeiterklasse, **Andreas Bonifacio mit Protesten feiern**. Arbeiter werden die Weigerung von Aquino III, das 125-Peso-Gesetz einzuführen, verdammen. Wir verurteilen das 2-Stufen-Lohnsystem, mit dem die Löhne signifikant gekürzt werden. Desweiteren verurteilt die KMU verschiedene von der Regierung befürwortete Preis- und Gebührenerhöhungen. Die KMU verurteilt die fortgesetzte Ausplünderung des Landes durch den US-Imperialismus, die Expansion seiner militärischen Präsenz im Land und die Aggressionskriege. Ein Teil davon war die kürzliche Welle von Luftangriffen, die von Israel gegen das palästinensische Volk im Gaza-Streifen durchgeführt worden ist. Wir verurteilen auch die schamlose Marionettenschaft Aquino's gegenüber den US-imperialistischen Diktaten, wie sie man am Beispiel der Billiglohnpolitik sehen kann.



Die Ideale der nationalen

Befreiung und Demokratie, für die Bonifacio kämpfte und starb, die durch die Arbeiter und Armen, die diesen Kampf fortführen, bleiben bestehen. Es gibt keinen besseren Weg, ihm Tribut zu zollen, den Kampf für seine Ideale für das philippinische Volk fortzuführen, in dem man gegen den Imperialismus und die Marionettenregime im Land kämpft, so Labog. Morgens werden wir ein kurzes Programm in dem Haus, in dem Katipunan (Namen der damaligen Befreiungsbewegung, Anm. des Übersetzers) in Manila gegründet wurde, durchführen. Wir werden uns vor dem Liwasang Bonifacio in Manila vor dem Mittagessen versammeln und dann nach dem Essen zur US-Botschaft marschieren, wo wir ein kurzes Programm durchführen werden. Dann werden wir zur Mendiola-Brücke demonstrieren, wo wir unser Hauptprogramm abhalten werden. Unsere Ortsverbände in den Kordilleren, Süd Tagalog, Bicol, Zentral Visayas, Ost Visayas, Panay, Cagayan de Oro, Caraga und den Regionen in Süd Mindanao werden ebenso verschiedene Protestaktionen durchführen. Wir rufen die philippinischen Arbeiter und das Volk auf, sich bei uns zu beteiligen. Kämpfen wir für die 125-Peso-

Lohnerhöhung, für die Abschaffung des 2-Stufen-Lohnsystems. Kämpfen wir für Bonifacios Ideale gegen die Hauptfeinde: den US-Imperialismus und das Aquino Marionettenregime.

29.11.2012

Der beste Weg, um Bonifacio Tribut zu zollen, ist die Fortführung seines Kampfes für nationale Unabhängigkeit und wirkliche Demokratie. Unsere Proteste am 30.11. sind ein Teil dieses Kampfes, so Roger Soluta. Wir haben keinen Zweifel in unseren Herzen, wenn Bonifacio noch leben würde, würde er eine Revolte gegen die fortgesetzte ausländische und Eliteherrschaft über das philippinische Volk anführen. Bonifacio wäre nicht erfreut über die Verklappung von giftigen Abfällen der US –Truppen in das philippinische Meer und die Expansion der US-Militärpräsenz im Land. Er wäre verärgert über die pro-imperialistische und pro-Elite Politik der Aquino-Regierung. Bonifacio kämpfte für eine Landreform, für die Verteilung des Landes an die Bebauer des Landes.

29.11.2012

Das sog. Rekordwachstum der Wirtschaft des Landes können die philippinischen Arbeiter und das Volk nicht fühlen. Mit dieser Stellungnahme reagierte die KMU auf den Anstieg des Bruttosozialproduktes in den Philippinen auf 7,1%. Egal welche Wachstumsrate der Wirtschaft, sie hatte keine höhere Beschäftigungsquote oder Einkommen der Arbeiter und des Volkes zum Ergebnis. Das Wachstum ist angetrieben durch den Dienstleistungssektor, nicht durch den Produktionssektor, der stagniert, auch nicht durch den Landwirtschaftssektor, der gleichzeitig verfallen ist. Die Aquino-Regierung und die großen Kapitalisten mögen jubeln, aber für die philippinischen Arbeiter und das Volk gibt es nicht zu feiern, so Labog. Der Dienstleistungssektor ist bekannt unter den Arbeiter für seine mickrigen Löhne, die Verweigerung von Zulagen, Leiharbeit und Zeitbeschäftigung und die Verletzung von Arbeiterrechten. Die Art des Wachstums, mit der hier geprahlt wird, ist nicht nachhaltig, weil sie auf dem Dienstleistungssektor beruht. Wir befürchten, dass das sog. Wachstum durch die Infrastrukturprojekte der Regierung angetrieben wird, dass hauptsächlich aus Projekten von Politikern besteht, die Pluspunkte für die Wahlen im nächsten Jahr sammeln. Die KMU nahm Bezug auf die Arbeitskräftestatistik vom 3. Quartal, die zeigt, dass die Beschäftigungssituation stagniert, während die Unterbeschäftigung kontinuierlich ansteigt. Sie nahm auch Bezug auf die Angaben der Sozialwetterstation, die den Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 29,4% belegt. Eine Studie von Ibon sagt, dass die Arbeitslosigkeit im Land die höchste in der südostasiatischen Region ist.